76. Jahrgang. Nr. 211 Donnerstag, 5. Mai 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Nachtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 84 841
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20 011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/40

Bezugspreise bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 Mk. einschließlich 84 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 maligem wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 80 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. allg. Teuerungsabschlag lt. Tarif, Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Kostenpflichtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Sturm & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1005 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Die Kontrolle der Wehrverbände

SA. bleibt verboten – Reichsbanner erlaubt

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 4. Mai. Die neuen Notverordnungen der Reichsregierung, namentlich die über die sogenannten militärähnlichen Verbände, finden in der Berliner Rechtspresse eine zum Teil sehr scharfe Ablehnung. Die Ueberschrift „Keine Parität" ist kennzeichnend für den Tenor, in dem sich die Ausführungen bewegen, die fast sämtlich darauf hinweisen, daß das Reichsbanner bedauerlicherweise eine bevorzugte Behandlung erfahre. Die „Deutsche Zeitung" hebt insbesondere hervor, daß die neue Verordnung ein Erzeugnis darstelle, dem die Kompromisse an die Stirn geschrieben seien. Da es in der Notverordnung ausdrücklich heißt, daß Verbände, die gegen die neuen Bestimmungen verstoßen, der Auflösung verfallen können, werde also an dem jetzigen Stand der Dinge tatsächlich einstweilen nichts geändert. Die „Deutsche Tageszeitung" ist ebenfalls der Meinung, daß alles beim alten bleibe. Ebenso trifft der „Berliner Lokalanzeiger" die Feststellung, daß es bei der Vorzugsbehandlung des Reichsbanners bleibe.

Nach den bisherigen Interpretationen soll unter die Verordnung auch der Stahlhelm fallen.

Die dem Stahlhelm nahestehende „Kreuzzeitung" bemerkt dazu, daß für den Stahlhelm die Verordnung nicht in Frage kommen könne, da die Voraussetzungen fehlen. **„Den Stahlhelm als überparteiliche Wehrorganisation in die Verordnung einbeziehen zu wollen, hieße ihr Gewalt antun.** Immerhin ist es bei der außerordentlichen Dehnbarkeit der Rahmenverordnung, denn um eine solche handelt es sich, nicht ausgeschlossen, daß von den Gegnern des Stahlhelm ein solcher Gedanke propagiert werden könnte. Aber wie dem auch sei, der Stahlhelm könne einer Ueberprüfung seiner Satzungen mit der denkbar größten Ruhe entgegensehen. Die Ziele und Zwecke, die der Stahlhelm verfolgt, sind so klar und eindeutig, daß über sie auch nicht der geringste Zweifel obwalten kann." – Im übrigen bezeichnet es die „Kreuzzeitung" als bedauerlich,

daß sich durch die neue Verordnung nicht Mittel und Wege haben finden lassen, das Verbot der SA.- und SS.-Abteilungen wenigstens in ihren größten Härten zu mildern.

Von Interesse ist noch ein Blick in die Presse der Linken. So stellt das „Berliner Tageblatt" mit großer Freude und Genugtuung fest, daß die neue Verordnung ebensowenig das Verbot der SA. aufhebe, „wie sie den Bestand und die Arbeitsweise des Reichsbanners beeinträchtigen kann". Diese Auffassung zeigt also auf das deutlichste, daß man fest davon überzeugt ist, daß dem Reichsbanner auf Grund der neuen Verordnung nicht das geringste passieren kann. Sehr lehrreich ist auch, daß das gleiche demokratische Organ es fertig bringt,

sich für die kommunistischen Gottlosenorganisationen einzusetzen.

Durch das ausgesprochene Verbot werde für die Bekenner einer Weltanschauung ungleiches Recht geschaffen. Man verbiete den kommunistischen Gottlosen den Zusammenschluß, der anderen Weltanschauungen offenstehe. So spricht ein Blatt, das sich zur engsten Gefolgschaft des christlichen Zentrumskanzlers Brüning zählt.

Der „Börsenkurier" sagt dagegen, das Verbot der kommunistischen Gottlosenverbände, die sich in Deutschland nach bolschewistischem Muster gebildet haben, solle der revolutionären Unterminierung einen Damm entgegensetzen und die zersetzende Arbeit der kommunistischen Organisationen, die sich nicht nur gegen die Religion, sondern auch gegen die sittlichen Grundlagen des Staates überhaupt richtet, unmöglich machen. Die „Tägliche Rundschau" begrüßt diese Verordnung, die endlich den Anregungen der Volksdienstabgeordneten folge. Der „Berliner Lokalanzeiger" meint, das Verbot hätte schon längst erfolgen müssen. Der „Angriff" hält es für wenig bedeutungsvoll in Anbetracht dessen, daß die sozialdemokratischen Vereinigungen dieser Art unbehelligt bleiben.

Generalskamarilla?

Es ist allgemein aufgefallen, wie sich in letzter Zeit die Angriffe häufen, die aus den regierenden Parteien der Mitte, aus dem Zentrum und seiner Schwesterpartei in Bayern gegen die Reichswehrführung gerichtet werden. Seit seinem Schlag gegen die SA. ist allerdings nicht mehr der Reichswehr- und Innenminister Groener das Ziel dieser Angriffe; der Haß der Zentrümlinge wendet sich vielmehr gegen seine nächsten Mitarbeiter, gegen den General von Schleicher als politischen Berater des Ministers, neuerdings gegen General v. Hammerstein als Chef der Heeresleitung und sonderbarerweise auch gegen Herrn Meißner, den Staatssekretär des Reichspräsidenten. Lauter Männer, die bis vor kurzem in der politischen Mitte und sogar bei der Linken gut angeschrieben waren. Galt doch General v. Schleicher, der seit seiner Hauptmannszeit im Großen Hauptquartier der politische Beobachter der Wehrmacht ist, als ein Militär, der die Staatsräson über jede Parteirücksicht stellt; General v. Hammerstein wurde bei seiner Ernennung in der Linkspresse als besonders republikischer begrüßt, und dem Einfluß des Staatssekretärs Meißner, den Hindenburg bekanntlich von seinem Vorgänger Ebert übernommen hat, wurde es zugeschrieben, daß auch im Reichspräsidentenpalais die politischen Ideen der Hindenburgwähler von 1925 nicht die Oberhand gewannen. Und nun — auffallenderweise mit dem Abschluß der Wahlperiode — hat sich das Blatt gewendet. Die ehedem von den regierenden Kreisen so gerühmten Männer sind plötzlich zu einer gefährlichen „Generalskamarilla" geworden, die „auf bolivianisch" Intrigen gegen Brüning spinnen und auf seinen Sturz hinarbeiten soll, um eine Militärdiktatur über Deutschland aufzurichten. Wenn man sich erinnert, wie mit ähnlichen Beschuldigungen der verdienstvolle Schöpfer der Reichswehr, Generaloberst v. Seeckt, auf Stresemanns Betreiben wegen einer Bagatelle gestürzt wurde, weil er für dessen Franzosenpolitik unbequem geworden war, so erkennt man, worauf das jetzige Kesseltreiben hinausgeht: die um ihre Alleinherrschaft bangende Richtung will ihr Opfer haben; Schleicher, der in der politischen Krise nicht wie Groener für links optiert hat, soll weg, damit das Reichswehrministerium im Sinne des Systems ganz sicher wird.

Auf Schleicher wird in allen Angriffen als das Haupt der angeblichen Verschwörung hingewiesen. Man macht ihm zum Vorwurf, daß er sich wiederholt mit Hitler in privaten Besprechungen getroffen hat. Schon im Herbst 1930 soll er sich nach den Reichstagswahlen für die Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierungsverantwortung ausgesprochen haben. In der Beurteilung der Staatsgefährlichkeit der SA. soll er dann in Gegensatz zu Groener geraten sein, und — was noch schlimmer ist — die Linke hegt den Verdacht, daß das bekannte Material gegen das Reichsbanner durch seine Vermittlung über Meißner und unter Umgehung Groeners in die Hände des Reichspräsidenten gelangt ist. Schließlich soll er zu allen diesen Verbrechen noch das andere gehäuft haben, daß er nach dem nationalsozialistischen Preußensieg in Uebereinstimmung mit allen Leuten, die offenen Tatsachensinn haben, für eine Anpassung der Regierungsverhältnisse an die neue Lage eingetreten ist. Nachdem alle weitergehenden Gerüchte über die politische Wühlarbeit der „Generalskamarilla" glaubhaft dementiert worden sind, bleiben nur diese Anklagepunkte bestehen. Und da muß man bei unbefangener Betrachtung doch sagen, daß General v. Schleicher, wenn er sich so betätigt, nur seine Pflicht im Rahmen seiner Zuständigkeit getan hat. Als Chef des Ministeramtes hat er die Aufgabe, die politische Entwicklung zu beobachten, mit den maßgebenden Persönlichkeiten Fühlung zu halten und den Minister in Angelegenheiten politischer Natur zu beraten. Daß dieser immer noch anders handeln kann, hat ja Groeners Verhalten in der SA.-Frage gezeigt. Warum also die Aufregung? Offenbar deshalb, weil die regierenden, aber in ihrer Herrschaft erschütterten Kreise der Mitte aus dem Verlauf der Krise, insbesondere aus der Behandlung der Reichsbannerfrage, den Eindruck gewonnen haben, daß die Reichswehrführung und mit ihr der Reichspräsident als Oberbefehlshaber andere Auffassungen als sie über die politischen Notwendigkeiten haben, die in der gegenwärtigen Lage zu

Gewaltiger Wahlsieg des Memeldeutschtums

Trotz des litauischen Terrors!

Memel, 4. Mai. Nach Abschluß des Wahlaktes um 20 Uhr wurde bei den Mehrheitsparteien fieberhaft gearbeitet, um die Wahlergebnisse festzustellen.

Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen scheint sich überraschend eine Zunahme dieser beiden Parteien herauszustellen, wogegen die litauischen Parteien sich auf dem bisherigen Stande gehalten haben.

Die Kommunisten zeigen ebenfalls eine Zunahme auf Kosten der Sozialdemokratie. Von den 204 Wahlbezirken des Memelgebietes lagen um 12,30 Uhr nachts aus 95 Bezirken die Ergebnisse vor. Es sind in diesen 95 Wahlbezirken etwa 27 000 Stimmen abgegeben worden. Hiervon entfallen auf die Landwirtschaftspartei etwa 4700, auf die Volkspartei 9500, auf die litauischen Parteien 8200 Stimmen, auf die Sozialdemokraten 2200 Stimmen. Der Rest entfiel auf die Kommunisten und die Splitterparteien. Die Wahlbeteiligung im ganzen Gebiet scheint außerordentlich stark gewesen zu sein und schwankt zwischen 90 und 100 Proz.

Erstaunlich ist, daß die Litauer trotz der Einbürgerung zahlreicher Großlitauer ihren Stand bisher gerade noch gehalten haben und im Verhältnis zur Wahlbeteiligung sogar eine Abnahme verzeichnen.

In Schwarzort wurden von 220 Stimmberechtigten 217 Stimmen abgegeben. Davon erhielten die Volkspartei 186 (118), die Landwirtschaftspartei eine Stimme und die Litauer 30. In Nidden wurden von 409 Stimmberechtigten 398 Stimmen abgegeben. Es erhielten die Volkspartei 354 (gegen 288 im Jahre 1930), die Sozialdemokraten 7 und die Litauer 35 Stimmen. Die Landwirtschaftspartei erhielt auch hier eine Stimme.

Besprechungen Brünings mit Goerdeler

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 4. Mai. Reichskanzler Dr. Brüning hatte heute nachmittag mit dem Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler eine längere Aussprache, über die man an den amtlichen Stellen zwar keinerlei nähere Mitteilungen machte, die sich aber, wie unschwer zu erraten ist, auf die Nachfolge für den ausscheidenden Wirtschaftsminister Dr. Warmbold bezogen haben dürfte. Von Dr. Goerdeler selbst liegen bis zur Stunde ebenfalls keinerlei Aeußerungen vor. **Im allgemeinen ist man in politischen Kreisen noch** immer der Auffassung, daß Dr. Goerdeler keine allzu große Neigung verspüren dürfte, gerade im gegenwärtigen Augenblick in das Kabinett einzutreten.

Im übrigen hat das Reichskabinett heute nachmittag die Etatsberatung fortgesetzt und sie in den Abendstunden zum Abschluß gebracht. Amtliche Mitteilungen über das Aussehen, das der Etat für das Jahr 1932/33 auf Grund der Kabinettsberatungen gewonnen hat, liegen aber noch nicht vor.

Um die Verkürzung der Arbeitszeit

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 4. Mai. In der zweiten Hälfte der Woche wird das Reichskabinett voraussichtlich die Entscheidung über die in Aussicht genommene Verordnung über die Verkürzung der Arbeitszeit treffen. Wie verlautet, wird die Verordnung nur sehr kurz sein und im ersten Paragraphen die Genehmigungspflicht für Mehrarbeit enthalten. Diese Genehmigungspflicht findet Anwendung sowohl auf Arbeiter als auch auf Angestellte. Im zweiten Paragraphen wird die

40-Stunden-Woche für Arbeiter festgesetzt für folgende Gewerbe- und Industriezweige:

Für die chemische Industrie, für die Industrie der Steine und Erden, für Brauereien und Mälzereien, für das Vervielfältigungsgewerbe und für den Bergbau. Die Absicht der Reichsregierung ist es, die Erfahrungen, die sich bei den genannten Industriezweigen zeigen werden, zu verwerten in erweiterter oder eingeschränkter Form. Vor allem will man ausproben, ob die mit Nachdruck vorgetragenen Erklärungen der Industrie zutreffend sind, daß die 40-Stunden-Woche zu einer Produktionsverteuerung führen müsse. Nach der Entscheidung des Kabinetts will die Regierung noch einmal den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer Gelegenheit geben, ihren Standpunkt darzulegen. Alsdann soll die Verordnung dem Reichsrat zur Zustimmung vorgelegt werden.

An der Zustimmung des Reichsrats zweifelt man nicht,

da namentlich Preußen bereits bei der Reichsregierung wegen der Verkürzung der Arbeitszeit vorstellig geworden ist. Die jetzigen Maßnahmen der Reichsregierung gehen zurück auf die Notverordnung vom 6. Juni 1931, die der Regierung die Ermächtigung gab, für einzelne Gewerbe, Gewerbezweige, Verwaltungen oder Gruppen von Arbeitnehmern die vorgesehene regelmäßige Arbeitszeit bis auf 40 Stunden wöchentlich herabzusetzen und die Zulässigkeit von Mehrarbeit genehmigungspflichtig zu machen.

Heute:

Literarische Umschau, Seite 9

Der D.N.-Kraftfahrer, Seite 17 und 18